

Meine Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

am Mittwoch dieser Woche wurde in Berlin die bundesweite „Notbremse“ mit einer Ergänzung des Infektionsschutzgesetzes im Bundestag beschlossen. Wir kritisieren diese Verlagerung der Kompetenzen zum Bund hin. Durch die Anhörung von



Rechtsprofessoren und Experten im Verfassungsausschuss des Bayerischen Landtags am 22. April sehen wir uns einmal mehr in unserem bisherigen Kurs bestätigt: **So hat die Mehrheit der geladenen Experten eine Kompetenzverlagerung der Anti-Corona-Politik an den Bund zur Schaffung bundeseinheitlicher Regelungen auch im Hinblick auf den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz kritisch gesehen.**

Verfassungsbeschwerde gegen „Bundesnotbremse“

Die bisherige Verteilung der Kompetenzen hat sich ihrer Auffassung nach bewährt, da hierdurch regionalspezifisch passgenaue Lösungen in Abhängigkeit vom jeweiligen Infektionsgeschehen gefunden werden können. Auf den Punkt gebracht: **„Zentralismus neigt zur Totalität, Föderalismus zur Mäßigung.“** Es ist evident, dass Bayern besser als Berlin beurteilen kann, ob in Hof oder Oberstdorf die Schulen schließen müssen. **Kritisiert wurde auch die reine Orientierung am Inzidenzwert.** Seit Wochen plädieren wir dafür, den Blick nicht nur einseitig darauf zu richten, sondern vielmehr das Konzept einer gewichteten Risikoinzidenz zu verfolgen, das auch Durchimpfung, R-Wert, Positivrate durchgeführter Tests und die Kapazitäten unseres Gesundheitssystems berücksichtigt. **Unterdessen hat die FREIE WÄHLER Bundesvereinigung am vergangenen Donnerstag beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe per Eilantrag eine Verfassungsbeschwerde gegen die Änderungen im Infektionsschutzgesetz eingereicht.**

R ü c k b l i c k

Ende des Machtkampfs in der Union

Wir betrachten das Ergebnis des Machtkampfs zur Bundeskanzlerkandidatur in der Union mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Mit einem weinenden, weil uns mit Markus Söder ein guter Kanzlerkandidat und Kanzler für die Bundesrepublik Deutschland verloren geht und **wir gerne einen Bayern im Bundeskanzleramt gesehen hätten**. Mit einem lachenden, weil wir die in den vergangenen zweieinhalb Jahren bewährte Arbeit der Bayernkoalition mit Markus Söder fortsetzen können. Gleichzeitig hoffen wir, dass bürgerliche Kräfte in Deutschland auch künftig politische Mehrheiten erringen. Dazu möchte die FREIE WÄHLER-Fraktion kraftvoll beitragen – so wie jetzt bereits im Freistaat.



Konferenz zur Zukunft Europas: stärkere Einbindung der Regionalparlamente gefordert

Die Konferenz zur Zukunft Europas ist ein wichtiges Instrument zur Entwicklung der EU nach der Corona-Pandemie. Bürgerinnen und Bürger haben dabei in Debatten und Diskussionen die Chance, Ideen auszutauschen und die Europäische Union gemeinsam mitzugestalten. Umso irritierter zeigt sich die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion über den Vorschlag der EU-Kommission zur Zusammensetzung der Konferenz: Kein einziger der insgesamt 273 Delegierten ist für regionale Parlamente vorgesehen. Die regionale und kommunale Ebene bleibt damit quasi unberücksichtigt. Dies kritisieren Florian Streibl sowie der Europaausschussvorsitzende Tobias Gotthardt in einem gemeinsamen Brief an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Wir haben ein Europa der Regionen immer unterstützt und uns in konkreten Resolutionen mehrfach aktiv dafür eingesetzt. Gerade beim Anspruch einer bürgernahen Auseinandersetzung ist der von Brüssel gewählte Ansatz daher völlig unangemessen. **Aus diesem Grund fordern wir eine deutlich stärkere Berücksichtigung der Regionalparlamente.** Wir Landtagsabgeordneten stellen uns damit ausdrücklich an die Seite von Apostolos Tzitzikostas, Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen. Eine zukunftsfähige EU kann nur als echtes, institutionalisiertes Europa der Menschen und Regionen funktionieren. Es braucht einen engagierten Dialog auf allen politischen Ebenen. **Je näher wir dabei an den**

Menschen bleiben, desto besser! Denn sie sind Sprachrohr für eine bürgernahe EU und benötigen daher eine starke Stimme in der Konferenz zur Zukunft Europas.

Aufbau der Technischen Universität Nürnberg – Stärkung Bayerns als innovativer Hochschulstandort

Im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst am 21. April berichtete Bernd Sibler, Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, zum Stand des Aufbaus der Technischen Universität Nürnberg. Wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag freuen uns sehr, dass diese Universität zum 1. Januar 2021 errichtet wurde. Denn mit ihrem Leitbild „Internationalität, Interdisziplinarität, Unternehmertum“ eröffnet sie Studierenden die Chance, wissenschaftliche Potenziale zu nutzen und systemische Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen zu finden.



„Die TU Nürnberg eröffnet Studierenden die Chance, eine Vielzahl wissenschaftlicher Potenziale zu nutzen. Dadurch wertet sie Bayern als innovativen Hochschulstandort weiter auf.“

Dr. Hubert Faltermeier,
Sprecher für Wissenschaft
und Hochschule

Dadurch wertet die TU Nürnberg Bayern als innovativen Hochschulstandort weiter auf. Aktuell hat die Universität ihr vorläufiges Quartier im Süden der Stadt bezogen. Die angemieteten Räumlichkeiten werden sie bis zur Fertigstellung der ersten Neubauten auf dem Campus beheimaten und ihr flexible Entwicklungsperspektiven bieten. **Gerade im Hinblick auf die fortschreitende Digitalisierung soll die Gelegenheit genutzt werden, die Vision eines integrierten di-**

gitalen Campus umzusetzen. Ein breites Fächerangebot aus Technik-, Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften wird ihre Studierenden auf den Arbeitsmarkt der Zukunft vorbereiten. **Gleichzeitig bleibt das Augenmerk unserer Fraktion darauf gerichtet, ein qualitativ hochwertiges und zukunftsorientiertes Hochschulangebot in der Fläche zu sichern. Universitätsneugründungen dürfen demnach nicht zulasten der bestehenden Hochschulen in Bayern gehen.** Wir werden im Zuge der Novelle des Bayerisches Hochschulgesetzes sehr genau darauf achten, **dass eine unternehmerische Ausrichtung nicht zum Leitprinzip aller bayerischen Hochschulen wird.** Denn Wissenschaft ist aus unserer Sicht nicht nur Technik und Innovation, sondern ebenso Grundlagenforschung sowie geistes- und kulturwissenschaftliche Forschung.

Kulturfonds 2021

6,8 Millionen Euro für Kunst und Kultur! Damit fördern wir auch im Jahr 2021 zahlreiche Projekte in ganz Bayern. Dadurch wollen wir nicht nur kulturelle Vielfalt bewahren, sondern auch unsere besondere Wertschätzung zum Ausdruck bringen – denn gerade Kulturschaffende sorgen in dieser schwierigen Zeit dafür, dass Menschen durch Isolation ausgelöste Ängste und Stress besser bewältigen. Daher sagen wir: Danke!



Verfassungsschutzbericht: Rechtsstaat muss wachsamer werden

Am Mittwoch wurde im Landtagsinnenausschuss der **aktuelle Verfassungsschutzbericht** vorgestellt. **Die Querdenken-Bewegung ist eine Gefahr für unsere Demokratie** –



das hat der Verfassungsschutzbericht klargestellt. Die Bewegung ist zu einem Sammelbecken für Rechts-extreme, Reichsbürger, Demokratiefeinde und irrsinnige Verschwörungstheoretiker geworden, die längst andere Ziele verfolgen, als gegen ein Infektionsschutzgesetz zu demonstrieren. Das zeigen nicht zuletzt die aus dem Ruder gelaufenen Demonstrationen in Berlin und Leipzig: Dort wurden Polizisten und Journalisten attackiert, das Tragen

von Schutzmasken verweigert, die Bundesrepublik mit der NS-Diktatur gleichgesetzt und ein Bürgerkrieg herbeigewünscht. **Der Rechtsstaat muss angesichts dieser zunehmenden Radikalisierung zumindest eines Teils der Querdenken-Bewegung unbedingt wachsamer werden.** Denn was sich überall in Deutschland bei Aufläufen von Querdenkern abspielt und mit welcher Dreistigkeit das Demonstrationsrecht für die

Abgeordneter Manfred Eibl,
Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

eigene demokratiefeindliche Agenda missbraucht wird, ist ein deutliches Warnzeichen. **Der Staat darf deshalb nicht zögern, konsequent und mit fühlbarer Härte zu antworten.**

Die Corona-Pandemie hat ein Schlaglicht auf die dunklen Winkel unserer Gesellschaft geworfen und eins offensichtlich gemacht: **Demokratiefeindlichkeit ist kein Randphänomen mehr. Und auch der Extremismus gewinnt durch die Pandemie an Auftrieb.** Längst ist es kein Tabu mehr, dass Bürgerinnen und Bürger, die sich um ihre Freiheit sorgen, Seite an Seite mit Menschen demonstrieren, die Reichskriegsflaggen schwenken und Wissenschaftlern das Schicksal von KZ-Häftlingen im Nationalsozialismus wünschen. Besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang auch, dass extremistische Gruppen die Krise instrumentalisieren, um Hass gegen ihre vermeintlichen „Feinde“ zu schüren und gezielt Hetze zu streuen. Der Staat muss verfassungsfeindliche Strukturen und Gruppen deshalb mit allen rechtsstaatlichen Mitteln beobachten und – wo immer möglich – strafrechtlich verfolgen. Für uns als FREIE WÄHLER-Fraktion gilt der Grundsatz: **Es darf keine Offenheit gegenüber Extremisten geben. Rassismus und Demokratiefeindlichkeit dürfen in unserem Rechtsstaat niemals toleriert werden!**

Billigster Polit-Zirkus: AfD stört mit Plakaten Plenardebatte



Wieder einmal disqualifizierte sich die AfD am Dienstag im Bayerischen Landtag selbst mit ihrem Verhalten. Einmal mehr zeigen sich die Rechten im Maximilianeum als gänzlich parlamentsunfähige Gurkentruppe. Im Parlament regiert das Wort. Wer sich mit Worten nicht wehren kann, muss scheinbar Schilder basteln. Die im Ältestenrat vorgebrachte Begründung, mit einer Schilder-Aktion gegen die Maskenpflicht im Landtag demonstrieren zu wollen, offenbart ein bemerkenswertes Demokratie- und Rechtsstaatsverständnis. Als gänzlich lächerlich empfanden wir die Begründung, man habe die dreifache Aufforderung des Präsidenten zur Abnahme der Schilder überhört. Wir schämen uns für solchen billigen Zirkus, der unser Parlament inmitten der Corona-Krise von seiner eigentlichen Arbeit abhält. Der Bayerische Landtag lässt sich nicht durch Plakate auf Kindergartenniveau zum Kasperltheater degradieren. Wer

nicht in der Lage ist, sich den aktuellen wichtigen Aufgaben mit dem nötigen Ernst zu widmen, ist in unserer parlamentarischen Demokratie fehl am Platz.

Heimat beschützen – Freiheit zurückgewinnen

Thema der Aktuellen Stunde im Plenum des Bayerischen Landtags am vergangenen Dienstag war: „**Mit Sicherheit zur Normalität: Heimat beschützen – Freiheit zurückgewinnen – Corona besiegen!**“. Unsere Meinung hierzu ist klar und deutlich. **Ein Lockdown darf nicht einzige Antwort auf das Infektionsgeschehen sein!**

Bayerns Kampf gegen Corona ist ein kräftezehrender Marathon. Umso ärgerlicher sind die von Brüssel und Berlin verursachten Verzögerungen beim Impfen und Testen, wegen derer wir leider auch in Bayern noch immer nicht zum Endspurt ansetzen können. Umso mehr gilt es jetzt, auf dem weiteren Weg bis zur Zielgeraden einen Modus für ein gutes Leben mit dem Virus zu entwickeln, das unser Land und seine Menschen durch das Frühjahr trägt. **Wir müssen unsere Heimat weiter schützen, aber auch sukzessive Freiheit und Normalität zurückgewinnen, wo immer es verantwortbar erscheint.** Damit dies gelingt, dürfen wir die Pandemie von heute nicht ausschließlich mit den Mitteln des letzten Jahres bekämpfen – mit einem Lockdown als einziger Lösung.

Stattdessen müssen wir **Instrumente**, mit denen wir der Pandemie die Stirn bieten, **zielgerichtet weiterentwickeln**. Unser derzeitiger Trumpf, um Sicherheit und Normalität bestmöglich unter einen Hut zu kriegen, besteht im **Testen**. Wer durch ein negatives Ergebnis nachweist, über einen bestimmten Zeitraum niemanden zu infizieren, kann währenddessen mit geringem Risiko in Präsenz unterrichtet werden, aber auch verantwortungsbewussten Zugang zu Handel und Gastronomie erhalten oder sicher zu Sport und Kultur gehen. **Politik muss folglich die Voraussetzungen dafür schaffen, dass ein bayerischer Sommertag im Jahr 2021 mit einem Test beginnt, dessen negatives Ergebnis im Idealfall digital erfasst wird und ein einigermaßen normales Leben eröffnet.**

Analog dazu bedarf es einer Strategie zur **Rücknahme der Einschränkungen für Menschen, die zweifach geimpft worden sind. Der Grundzustand einer Demokratie ist die Freiheit. Die Rücknahme ihrer vorübergehenden Beschränkung ist kein Privileg, sondern die Wiederherstellung des Normalzustands.** Ebenso gilt es den Wunsch beider

Regierungsfraktionen umzusetzen, die gesamte Lebenswirklichkeit der Menschen in Bayern nicht alleine an der Inzidenzzahl auszurichten. Stattdessen plädieren wir FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag für das Konzept einer **gewichteten Risikoinzidenz**, das auch die Durchimpfung, den R-Wert, die Positivrate der durchgeführten Tests und die Kapazitäten unseres Gesundheitssystems berücksichtigt.

#FaktenZeit – die Halbzeitbilanz



Seit ihrem Einzug in die Bayerische Staatsregierung vor zweieinhalb Jahren hat die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion vieles bewegt. **Nun heißt es #FaktenZeit!** Welche Halbzeitbilanz der Fraktionsvorsitzende Florian Streibl, der parlamentarische Geschäftsführer Dr. Fabian

Mehring sowie der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger ziehen, erfahren Sie in diesem **Video, Part I.** 🖱

[FaktenZeit I – das Video! \[KLICK\]](#)

Teil II der Halbzeitbilanz im Video

Welches Fazit zu zweieinhalb Jahren Regierungszeit ziehen unser Staatsminister Thorsten Glauber und Kultusminister Prof. Dr. Michael Piazolo?

Hier geht´s zum 2. Part unserer Halbzeitbilanz 🖱

[FaktenZeit II – das Video! \[KLICK\]](#)

FaktenZeit – die gesamte Pressekonferenz



Die gesamte Pressekonferenz können Sie sich auch auf YouTube ansehen:

[Hier geht´s lang!](#)

Eine Halbzeitbilanz ziehen wir auch auf Facebook, Instagram und Twitter. Schauen Sie doch mal rein. Wir halten Sie hier auch über unsere tägliche Arbeit im Landtag auf dem Laufenden:

👉 [Facebook - FREIE WÄHLER Landtagsfraktion](#)

👉 [Instagram - FREIE WÄHLER Landtagsfraktion](#)

👉 [Twitter - FREIE WÄHLER Landtagsfraktion](#)

Förderung von staatlich kontrolliertem Islamunterricht

Am 20. April wurde im Plenum des Bayerischen Landtags der **Gesetzesentwurf der Staatsregierung verhandelt, der das Folgekonzept zum bisher im Modellversuch laufenden Unterrichtsangebot „Islamischer Unterricht“** darstellt.

Persönlichkeitsbildung sowie die Fähigkeit, sowohl eigenen als auch fremden Werten und Weltanschauungen differenziert und verantwortungsvoll zu begegnen, sind wesentliche Bildungsziele des bayerischen Schulsystems. Nur eine Erziehung zu Offenheit und Toleranz ermöglicht einen gesellschaftlich-integrativen Dialog zwischen Menschen und Religionen. Bildung ist damit ein wichtiger Bestandteil der Präventionsarbeit gegen Demokratiefeindlichkeit, Fremdenhass und Radikalisierung. **Mit dem Angebot eines staatlich kontrollierten und streng nach bayerischem Lehrplan erfolgenden Islamunterrichts verhindern wir, dass muslimischen Kindern ein falsches, radikalisiertes Bild ihres Glaubens vermittelt wird.**



lich-integrativen Dialog zwischen Menschen und Religionen. Bildung ist damit ein wichtiger Bestandteil der Präventionsarbeit gegen Demokratiefeindlichkeit, Fremdenhass und Radikalisierung. **Mit dem Angebot eines staatlich kontrollierten und streng nach bayerischem Lehrplan erfolgenden Islamunterrichts verhindern wir, dass muslimischen Kindern ein falsches, radikalisiertes Bild ihres Glaubens vermittelt wird.**

Ziel des Islamunterrichts muss aus

Sicht der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag sein, Kinder zu befähigen, mit der Vielfalt an Perspektiven, Positionen und Lebensformen in unserer demokratischen Gesellschaft reflektiert und tolerant umzugehen. Zudem wollen wir ihnen die Möglichkeit geben, sich ihrer eigenen religiösen und kulturellen Wurzeln zu vergewissern. So erziehen wir sie an unseren Schulen zu gefestigten, jungen Persönlichkeiten. **In den vergangenen Jahren haben wir uns daher stets dafür eingesetzt, dass das Modellprojekt verstetigt und qualitativ zu einem regulären Unterrichtsfach weiterentwickelt wird.** Nur so kann ein bedarfsgerechtes Angebot vor Ort geschaffen werden. Die jetzige Einführung des neuen Wahlpflichtfachs durch Kultusminister Prof. Dr. Piazzolo ist daher nicht nur ein konsequenter Schritt, sondern auch ein voller Erfolg der langjährigen bildungspolitischen Haltung unserer Fraktion.

Blickpunkt B@yern – Die Zukunft der Erneuerbaren Energien

Abgeordneter Manfred Eibl,
Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung



Die Energiewende in Bayern kommt gut voran – doch sie ist kein Sportwagen, sondern gleicht eher einem klobigen Tanker. Deshalb diskutiert unser energiepolitischer Sprecher Rainer Ludwig am Freitag, den 21. April, mit Experten über die Frage, wie wir Bürger, Kommunen und bayerische Wirtschaft noch stärker für eine aktive Mitmach-Energiewende begeistern können.

Blickpunkt B@yern – Live-Stream zum Ansehen auf YouTube oder Facebook!

Wer es verpasst hat, kann sich **Blickpunkt B@yern und alle weiteren Veranstaltungen auf unserem YouTube Kanal** ansehen. Viel Spaß dabei!

[FREIE WÄHLER Landtagsfraktion YouTube Kanal \[KLICK\]](#)

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien eine schöne Woche und bitte bleiben Sie gesund!

Manfred Eibl, MdL mit seinem Team

Impressum

Simone Hannen,
Büroleitung, Presse

V.i.S.d.P.:

Abgeordnetenbüro Manfred Eibl, MdL

Am Lindberg 17

94157 Perlesreut

Telefon +49 8555 4058548

Handy +49 170 9524965

E-Mail kontakt@manfred-eibl.de

Internetseite www.manfred-eibl.de

Facebook <https://www.facebook.com/Manfred.Eibl/TW2018>

Abgeordneter Manfred Eibl,
Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung